

'Bahujan Samaj Party'

Salto mortale oder Tango zur Macht?

von Klaus Voll

Das Ende der von Mulayam Singh Yadav geführten Koalitionsregierung von 'Samajwadi Party' (SP) und 'Bahujan Samaj Party' (BSP) in Indiens größtem Bundesstaat Uttar Pradesh, wurde schon seit ihrem Beginn immer wieder erwartet. Die Vereidigung der BSP-Generalsekretärin Mayawati Anfang Juni und ihre Wahl zur Ministerpräsidentin am 20. Juni 1995 stellt die bisherigen parteipolitischen Fronten jedoch völlig auf den Kopf. Mayawati ließ sich nämlich mit den Stimmen der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) zur Ministerpräsidentin wählen, ohne daß die BJP sich aber direkt an der Regierung beteiligt. Mit der Dalit-Politikerin Mayawati führt erstmals in der indischen Geschichte eine Angehörige der 'Harijans' oder 'Dalits'

eine Landesregierung.

Begeht der kränkelnde Kanshi Ram, BSP-Supremo und Lebensgefährte Mayawatis, mit diesem Schachzug einen Salto mortale, der sogar die Existenz seiner seit über zehn Jahren mühsam aufgebauten Partei mit ihrer großen Unterkastebasis gefährdet?

Eine Gruppe von wenigen BSP-Abgeordneten spaltete sich bereits ab und schloß sich Mulayam Singh Yadav an. Die Hoffnungen der BSP, über ihre Hochburg Uttar Pradesh hinaus auch im übrigen Indien Fuß zu fassen, erwiesen sich anlässlich des Machtkampfs der Wahlen 1994/95 in wichtigen Einzelstaaten als Fata Morgana ohne jeden Realitätsgehalt.

Wie erklärt Mayawati ihren Anhän-

gern das informelle Bündnis mit dem Feind von gestern, der BJP, der Speerspitze der Oberkasten? Droht ihre Minderheitsregierung von knapp über 50, parlamentarisch oftmals unerfahrenen Abgeordneten zu Marionetten in den Händen der BJP zu werden, die mit einer konzertierten Strategie zum Marsch auf Delhi bläst?

Die BSP will Recht und Ordnung in Uttar Pradesh wieder herstellen und die schlimmsten Auswirkungen des 'goonda raj' (Herrschaft der Kriminellen) unter Mulayam Singh Yadav beseitigen. Mayawati buhlt in Massenveranstaltungen in verschiedenen Landesteilen von Uttar Pradesh um die Unterstützung einflußreicher Kasten, wie zum Beispiel der Landwirtschaft betreibenden Yadavs, der



VHP-Führer Singhal: Von Ayodhya nach Kashi (Foto: R.K. Gupta)

Kurmis und der viehzüchtenden, zum Teil noch nomadisierenden Gujjars.

In der Frage der Reservierung von Arbeits- und Studienplätzen für Moslems - sie forderte 15 Prozent und will nun 8,44 Prozent innerhalb der OBC-Quote durchsetzen - mußte sie auf BJP-Druck zurückstecken. Ob es der BSP gelingt, mit den Instrumenten der Staatsmacht ihren Einfluß im Schmelztiegel von Kasten und Unterkasten in Uttar Pradesh auszuweiten, wird wesentlich davon abhängen, ob sie über einen längeren Zeitraum praktische Maßnahmen zugunsten ihrer Anhängerschaft verwirklichen kann. Sie will ca. 70 Prozent der jährlichen Planausgaben für die ländliche Entwicklung der Dalits und 'rückständigen Kasten' (Other Backward Castes/OBC's) einsetzen - zum Beispiel in über 5.000 sogenannter Ambedkar-Dörfer. 600.000 Dalitfrauen sollen Jobs erhalten. Mayawati favorisiert die etwa 120 Dalit-Beamten in der Spitzenbürokratie von Uttar Pradesh.

Der Anfang August im Parlament in Delhi vorgelegte 'Vohra-report' über die stärker werdenden Verflechtungen zwischen organisierter Kriminalität, Politikern und Bürokraten zeigt, wie angespannt das innenpolitische Klima in weiten Teilen Indiens ist. Uttar Pradesh gilt als Kernland dieses Nexus. Angesichts der fragilen Situation in diesem Megastaat besteht jedoch die Gefahr einer Es-

kalation kommunalistischer Tendenzen. Der fundamentalistische 'Vishnu Hindu Parishad' (Weltrat der Hindus) beharrt auf der Rückgabe der Moscheen in Varanasi und Mathura durch die Moslems. Krishnan Lal Sharma, der BJP-Generalsekretär (siehe Interview) bestätigt indirekt die Arbeitsteilung im Sangh Parivar. In der 'Familie' um den militanten Hindu-Bund 'Rashtriya Swayamsewak Sangh' (RSS/Nationales Freiwilligen Corps) "überlassen wir den Einsatz für die Tempel in Mathura und Kashi dem VHP", so Sharma. Frau Mayawati, die sich um die Stimmen der Muslime bemüht, hat sich ausdrücklich für den Schutz dieser Moscheen ausgesprochen.

In Uttar Pradesh leben aktuellen Schätzungen zufolge etwa 35 Millionen Dalits, die in ihrer Mehrzahl als landlose Landarbeiter bestenfalls etwa 135 Tage pro Jahr Beschäftigung und damit Einkommen haben. Mayawati wird von diesen Bevölkerungsschichten als Hoffnungsträgerin angesehen. Zunehmend entwickeln Dalits Selbstbewußtsein und lehnen sich gegen unterdrückerische Strukturen, wie zum Beispiel unbezahlte Zwangsarbeit und unbestrafte Vergewaltigungen ihrer Frauen durch Großgrundbesitzer der Oberkasten auf. Einige Beobachter glauben gar, daß sich für die Kastenlosen eine gewisse Rechtssicherheit herausgebildet hat. Andererseits dauert die brutale Gewalt von Thakurs und

Yadavs gegen Dalits in weiten Teilen des Landes fort. 1994 wurden in Uttar Pradesh 383 Angehörige der Scheduled Castes getötet, beinahe 900 Dalit-Frauen wurden vergewaltigt - und dies sind nur die offiziellen, bekannt gewordenen Zahlen, eine hohe Dunkelziffer muß hier immer mitgedacht werden.

Die BSP hat bei den Kommunalwahlen 1995 einen großen Teil ihrer Basis an die 'Samajwadi Party' (SP) verloren. Die BJP versucht offenbar, die 'Bahujan Samaj Party' zu spalten und Teile ihrer Basis lokal und national zu kooptieren. Sie will für Dalits national wählbar werden. In einem geschickten Schachzug haben die Ministerpräsidenten der BJP-geführten Landesregierungen Ministerpräsidentin Mayawati darum gebeten, sie solle politische Programmvorstellungen für die Unterstützung der Dalits auch auf nationaler Ebene formulieren. Hierin könnte durchaus der Versuch gesehen werden, eine nationale Allianz zwischen BJP und BSP zu schmieden.

Der Tango zur Macht in Delhi zwischen dem ungleichen Paar BJP und BSP wird noch viele Schwierigkeiten überwinden müssen. Es ist in den Verwirrspielen indischer Innenpolitik keineswegs auszuschließen, daß Mayawati und Kanshi Ram ihrerseits die BJP nur benutzen und ihr sogar mit einem Eklat noch vor den Lok Sabha-Wahlen den Laufpaß geben.

Interview:

Wahlstrategie der BJP - Interview mit Krishnan Lal Sharma

Im Frühjahr 1996 finden in Indien die nächsten Unterhauswahlen statt. Der Wahlkampf hierfür ist schon seit geraumer Zeit in vollem Gange. In Delhi sprach Klaus Voll mit dem Generalsekretär der 'Bharatiya Janata Party' (BJP), Krishnan Lal Sharma, über die Wahlkampfstrategie der Partei, die sich vorgenommen hat, die Regierung von Premierminister Rao abzulösen.

Bedeutet die überraschende Unterstützung der 'Bahujan Samaj Party' (BSP) in Uttar Pradesh (UP) eine neue Strategie der BJP gegenüber den Dalits und bahnt sich damit auch auf nationaler Ebene eine neue Allianz an?

Es handelt sich bei der Unterstützung Mayawatis und ihrer BSP um eine Unterstützung von außen, das heißt, die BJP hat keine Mitglieder in der neuen Regierung. Vorrangig hat uns die Sorge um die Zustände im größten indischen Bundesstaat bewegt. Unter dem vorherigen Ministerpräsidenten Mulayam Singh Yadav erreichte die Kriminalisierung der Politik schlimme Ausmaße. Wir wollen mit der Unterstützung der BSP dazu beitragen, Recht und Ordnung in UP wieder herzustellen.

Ihre Partei hat das Image einer Oberkasten-Partei. Wird es nicht innerhalb der BJP Widerstände gegen die Unterstützung einer Dalit-geführten Regierung geben? Wie lange wird die BJP die BSP unterstützen?

Erstmals in der Geschichte ist ein Dalit Ministerpräsident eines Staates geworden und dies mit Hilfe der BJP. Dies markiert eine andere Qualität, als die Präsenz der üblichen Vorzeige-Harjians in den anderen Parteien. Es mag Widerstände in meiner Partei geben, aber die Meisten werden erkennen, daß es sich um einen wahlentscheidenden Schritt für die Unterhauswahlen im kommenden Jahr handelt und nicht um eine Langzeitstrategie. Wie in jeder demokratischen Partei gibt es auch bei uns abweichende Meinungen und Streit, doch die BJP beweist immer wieder eine ungewöhnliche Disziplin bei der Einhaltung von Beschlüssen. Wir sind die einzige indische Partei, die noch keine Spaltung hinter sich hat. Die Kooperation ist keine Spielerei. Sie wird zumindest bis zu den nächsten Wahlen Bestand haben. Kanshi Ram hat außerhalb Uttar Pradeshs, mit Ausnahme von Madhya Pradesh und dem Punjab, keine nennenswerte Wählerbasis. So bleiben ihm kaum Alternativen zur Kooperation mit der BJP. Natürlich wollten wir auch zeigen, daß wir keine Anti-Dalit-Partei sind. Wir führen im August eine Woche der